

Missverständnis: Flüchtlinge in Angst

Albaner aus Auricher Notunterkunft befürchteten, sie müssten sofort ausreisen

VON CHRISTIN HÖRMANN

Aurich. Große Aufregung gestern Vormittag vor der Auricher Notunterkunft: Acht albanische Flüchtlinge hatten Angst, dass sie an diesem Tag ihre Ausreise aus Deutschland antreten müssten. Doch wie sich nach Recherchen der ON herausstellte, handelte es sich um ein Missverständnis. Die Flüchtlinge sollten nicht zur Ausreise bewegt werden. Sie sollten nur zu einer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gebracht werden.

Nach Auskunft der Landesaufnahmebehörde (LAB) sollten die Flüchtlinge lediglich zu einer Außenstelle des BAMF gebracht werden, um dort ihren Asylantrag zu stellen. „Es kam wohl über diesen Termin zu einem Missverständnis unter den Flüchtlingen“, sagte Hannah Buschmann, Pressesprecherin der LAB auf ON-Nachfrage. Die Flüchtlinge hatten einen Terminzettel erhalten, auf dem vermerkt war, dass sie gestern um elf Uhr abgeholt werden sollten. Tatsächlich kam bei der Auricher Notunterkunft in der ehemaligen Blücherkaserne anderthalb Stunden später ein Minibus, um die Flüchtlinge abzuholen. Die Aufregung



Ein Krankenwagen brachte eine albanische Mutter, die zusammengebrochen war, zurück in die Unterkunft. Foto: Banik

war groß: Denn bei drei der albanischen Flüchtlinge, die dachten, sie würden ausreisen müssen, handelte es sich um eine verwitwete Mutter mit einer zwölfjährigen Tochter und ihrem erwachsenen Sohn. Die Mutter brach in der Aufregung am Vormittag zusammen, wie Sven Hohlen, privater Jobber, sagte. Er und seine Partnerin Ute Hegemann betreuten unter anderem die drei in einem vorbereitenden Integrationskurs am Grone-

Bildungszentrum in Aurich. Deswegen wollten sie sich beim Verdacht der Ausreise einschalten. Sie standen gestern Vormittag vor der Notunterkunft und wollten ein Zeichen setzen.

Doch gestern wurde niemand abgeschoben: „Es ging nur darum, dass sie nach Monaten des Wartens ihren Asylantrag stellen dürfen“, so LAB-Sprecherin Hannah Buschmann. Derzeit habe das BAMF gar keine Zeit, um Flüchtlinge aus Notunter-

künften abzuschieben. Das Land unterstützt aber das Bundesministerium, damit Asylverfahren schneller angeschoben werden und organisiert Busse.

Das Missverständnis in Aurich sorgte dafür, dass ein ziemlich hohes Aufgebot an Polizei in Uniform und Zivil in der Notunterkunft eintraf. Laut Polizei kamen die Einsatzkräfte jedoch nur, weil sich eine Menge, es waren die Jobber, Bekannte und die Presse, vor der Notunterkunft versammelt hatte. Die Unterkunftsleitung habe diese zunächst nicht zuordnen können. Schnell rückte die Polizei wieder ab. Zu der Außenstelle des BAMF sind fünf der geplanten acht Flüchtlinge gefahren, wie Stefan Greiber, Sprecher der für die Unterkunft zuständigen Johanniter, sagte. Die Familie blieb wegen der gesundheitlichen Probleme der Mutter.

Die Johanniter selbst wussten jedoch nicht, wohin die Flüchtlinge gebracht werden. „Wir bekommen nur eine Information, wer wann abgeholt wird“, sagte Greiber. Ob die anderen fünf Flüchtlinge nach Aurich zurückkehren, ist offen. Wenn sie im Asylverfahren sind, kann es sein, dass sie gleich an eine andere Gemeinde als Asylbewerber zugewiesen werden.

„Ostfriesische Nachrichten“, Mittwoch, 3.8.16

Flüchtlinge müssen doch gehen

Falsche Informationen der Landesbehörde zu Albanern aus Auricher Notunterkunft

geh Aurich. Von wegen Missverständnis: Die albanischen Flüchtlinge aus der Auricher Notunterkunft sollten am Dienstag doch ihre Ausreise antreten. Wie gestern die Landesaufnahmebehörde sagte, seien die Flüchtlinge zur Internationalen Or-

ganisation für Migration nach Bramsche gefahren worden. Dort sollten sie ihre freiwillige Ausreise vorbereiten.

Am Dienstag noch hatte die Landesaufnahmebehörde den ON gesagt, dass es sich bei der Abholaktion um

ein Missverständnis handelte. Die Flüchtlinge sollten lediglich zum Bundesamt für Migration gebracht werden, um Antrag auf Asyl zu stellen. Das war allerdings eine falsche Information vonseiten der Behörde. Gestern korrigierte Sprecherin Han-

nah Buschmann die Aussage: Die Flüchtlinge sollen ausreisen. Die Organisation in Bramsche unterstütze sie dabei. Ausgenommen bleibe die Mutter mit ihren Kindern, die wegen gesundheitlicher Probleme am Dienstag nicht mitgefahren war.

„Ostfriesische Nachrichten“, Donnerstag, 4.8.16

Sobald die Mutter gesund ist, muss Familie ausreisen

Albaner aus Auricher Kaserne müssen Deutschland verlassen

ceh Aurich. Wenig Hoffnung für die albanische Flüchtlingsfamilie aus der Auricher Notunterkunft: Die verwitwete Mutter muss mit ihrer zwölfjährigen Tochter und dem erwachsenen Sohn Deutschland verlassen. Das teilte Sven Hohlen, privater Berufsberater, der die Familie betreut hat und für deren Verbleib protestiert hat, gestern mit. Die Familie hat kein Asyl gewährt bekommen. Nur eine Woche hatten sie Zeit, auszureisen, sonst wären sie abgeschoben worden. Das geht aus dem Ablehnungsbescheid hervor, der den ON vorliegt.

Am Dienstag hatte es Aufregung um die Familie und



Derzeit ist die Familie noch in der Notunterkunft untergebracht. Foto: Banik

weitere albanische Flüchtlinge aus der Notunterkunft gegeben. Fünf von ihnen reisten an dem Tag tatsächlich ab. Die Mutter und ihre bei-

den Kinder durften bleiben. Die Witwe hatte aus gesundheitlichen Gründen nicht abreisen dürfen. Derzeit befindet sich die Familie in der Notunterkunft in der ehemaligen Blücherkaserne. Dort steht die Mutter laut Johanniter-Sprecher Stefan Greiber derzeit unter ärztlicher Beobachtung. Sobald die Mutter gesund ist, muss die Familie ausreisen. Sie haben ihre freiwillige Ausreise erklärt. Damit hat die Familie die Chance, nach zehn Monaten nach Deutschland zurückzukehren. Ebenso soll es den weiteren fünf Albanern ergehen. Sie haben bereits am Dienstag die Notunterkunft verlassen. Seite 3

11.08.16, 05.08.16

Seite 6 - Freitag den 5 August 2016

Ausreise stand von Anfang fest

Behörde machte falsche Angaben über albanische Flüchtlinge aus Auricher Notunterkunft, deren Schicksal bereits besiegelt war

VON CHRISTIN HORMANN

Aurich. Eine Reihe von Missverständnissen und damit verknüpft menschliche Schicksale: Bei der Ausreise von acht albanischen Flüchtlingen aus der Auricher Notunterkunft hat die Landesaufnahmebehörde nun erklärt, wie es zu den falschen Angaben kam. In der Behörde sei es intern zu Missverständnissen gekommen, erklärte Sprecherin Hannah Buschmann gestern auf Nachfrage der ON. Deswegen hatte es am Dienstag geheißen: Die Flüchtlinge sollten nicht ausreisen, sondern einen Asylantrag stellen und seien daher abgeholt worden. Doch schon am Mittwoch korrigierte die Behörde: Es habe sich doch um eine Ausreise gehandelt. Wie gestern klar wurde, stand jedoch von Anfang an fest, dass die Albaner aus der Auricher Notunterkunft ausreisen sollen.

Die Betreiber der Notunterkunft, die Johanniter, waren vorab per Mail informiert worden, dass acht albanische Flüchtlinge abgeholt werden für eine freiwillige Ausreise. Das bestätigte gestern auch Johanniter-Sprecher Stefan Greiber. Dass die Behörde am Dienstag dann plötzlich sagte, es sei keine Ausreise, sei nicht verwunderlich, so Greiber. Wenn sich vonseiten der Behörden etwas ändert, erfahren die Betreiber der Notunterkunft das nicht zwingend. Zu Änderungen kann es außerdem immer wieder kommen. Das sei nicht unwahrscheinlich.

„Unser Auftrag ist nur, dafür zu sorgen, dass die genannten Flüchtlinge abreisefertig sind“, sagte Greiber. Fünf der Albaner verließen am Dienstag auch die Notunterkunft. Drei konnten vorerst bleiben. Dabei handelt es sich um die albanische Familie mit der verwit-



Mit einem Transporter wurden die Flüchtlinge am Dienstag aus der ehemaligen Blücherkaserne abgeholt.

Foto: Bank

weten Mutter (siehe Seite 1). Zumindest für die drei Flüchtlinge lässt sich nachweisen, dass sie definitiv am Dienstag ihre Ausreise antreten sollten. Sie hatten nämlich erst wenige Tage zuvor den Ablehnungsbescheid ihres Asylantrags erhalten, der den ON vorliegt.

Berufsberater wollen sich für weitere Flüchtlinge einsetzen

Sven Hohlen und Ute Hegemann, private Berufsberater aus Esens, hatten noch versucht, ein Bleiberecht für die Familie zu erreichen. Sie hatten am Dienstag vor der Notunterkunft protestiert und auf den Fall der Flüchtlinge aufmerksam gemacht. Auf die Aussage der Behörde, es sei alles ein Missverständnis gewesen, reagierte Hohlen empört. Die Landesauf-

nahmebehörde habe gelogen, so Hohlen. Die nachträglichen Aussagen der Behörde, es habe ein internes Missverständnis gegeben, nahm er skeptisch auf.

Doch für die albanischen Flüchtlinge gibt es keine Möglichkeit mehr, in Deutschland zu bleiben. „Wir haben leider keine rechtliche Handhabe mehr“, sagte Sven Hohlen gestern. Die betroffene Familie wird nun freiwillig ausreisen, sobald die Mutter wieder gesund ist. Allerdings hat die zwölfjährige Tochter für die Zeit noch einen Platz an der IGS Waldschule Egels gefunden. So kann sie wenigstens bis zur Ausreise noch zur Schule gehen, sagte Hohlen und zeigte sich dankbar, dass die IGS Waldschule Egels das Mädchen noch kurzfristig aufgenommen hat. „Obwohl wir alle nicht wissen, wie lange die Familie noch bleiben

darf“, sagte Hohlen. In einem anderen Fall hatte der Protest gegen die Ausreise eines Albaners mehr Erfolg gezeigt. So konnte für den 25-jährigen Erion Xahu eine Duldung erwirkt werden. Er hatte ausreisen sollen, obwohl er eine Ausbildung zum Konditor bei der Norder Bäckerei Grünhoff machen sollte. In letzter Sekunde durfte er doch bleiben.

Am Dienstag konnte er seine Duldung abholen. Derzeit arbeitet er zur Probe in der Bäckerei, so Hohlen. Der Fall hat sogar bundesweit für Aufsehen gesorgt. Erst diese Woche habe sich ein Bundestagsabgeordneter aus Schleswig-Holstein nach dem Fall erkundigt, auch überregionale Medien seien an dem Fall interessiert, so Hohlen. Auch für weitere Flüchtlinge wollen er und seine Partnerin sich künftig einsetzen.

ON-KOMMENTAR

Falschinformation ist schädlich

Von Christin Hormann



Im Fall der Flüchtlinge aus der Auricher Notunterkunft gab es an zwei Tagen zwei verschiedene Auskünfte der Landesaufnahmebehörde. Die Begründung, es habe interne Missverständnisse gegeben, ist vielleicht noch akzeptabel. Was jedoch nicht hinzunehmen ist, dass die falsche Auskunft überhaupt erst gegeben wurde.

Behörden haben gegenüber der Presse eine Auskunftspflicht. Das heißt, sie müssen Anfragen beantworten. Allerdings sollte diese Pflicht mit der nötigen Sorgfalt erledigt werden. Ebenso ist die Presse gefordert, gründlich zu recherchieren. Die Auskunftspflicht setzt aber eine Art Vertrauen voraus. Das ist in dem Fall der Auricher Flüchtlinge verletzt worden. Das schadet beiden Seiten. Das sollte bei solch einem sensiblen Thema nicht geschehen. Falschinformationen sind bei der Flüchtlings-Problematik, die bereits viele Emotionen hat hochkochen lassen, sehr schädlich.

te
Se
dr
jü
A
M
si
wi
te
ze
fa
at
di
by
ka
al
gr
sä
m
Pi
bi

bu
ei
A
G
sc
P
te
m
G
de
de
Z
T
de
W

lu
cl
al
se
G